

Bezugspreis
für sechs monatlich bei zweimonatlicher
Lieferung 1.00 Mark, vierteljährlich
1.50 Mark, durch die Post 1.50 Mark
einschließlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten und Postämtern unter
Zustellungsentgelt. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der schrift-
lichen Genehmigung der Verlags-
anstalt gestattet. Verleger
Genossenschaft der Arbeiterzeitung Nr. 1140,
der Arbeiterzeitung Nr. 1142,
der Arbeiterzeitung Nr. 1133
Postfach-Bezirk Leipzig Nr. 4609.

Arbeiterzeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. Tagesblatt. 38 mm. Kolon-
nen oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in unseren Annoncen-
stellen u. allen Anzeigenstellen
angewonnen. Reklamen der 2. m.
breit. Zeile 1.25 M. Anzeigen-
Annahmefrist vom 1. 11. Uhr,
für die Sonntags- u. abends
u. Abendblätter, sowie zu-
sätzl. müssen schriftl. erfolgen.
Erfüllungsart: Halle. Erschein-
ungst. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Vertriebsstelle: Halle,
Neue Promenade 16. Dr. Braun-
schweig 17. (Halle-Vertriebsst.)
Markt 24 und Große Marktstr. 52.

Nr. 57.

Halle, Dienstag, den 4. Februar.

1919.

Gotha droht mit Generalstreik.

Hamburg erklärt sich mit Bremen solidarisch. — Ein weiterer Einigungsversuch.

Ultimatum des Gothaer A- und S.-Rates an die Regierung.

Gotha, 3. Febr. (Priv.-Tel.) Der hiesige A- und S.-Rate hat gestern an die Regierung (Eiert-Rote) die dringliche Aufforderung gerichtet, innerhalb 24 Stunden sämtliche Regierungstruppen aus Thüringen, insbesondere auch aus Weimar, zurückzuführen. Sollte dies nicht geschehen, so werde für ganz Thüringen der Generalstreik proklamiert und die zu Gebote stehenden Mittel, namentlich auch Gewalt, angewendet werden, um die Bedrohung Thüringens zu vermeiden oder zu befeitigen. Das Ultimatum ist heute abgelesen. Die Reaktionen zwischen Gotha und Weimar sind von Gothaer Spartakisten befehligt.

Noch ein Einigungsversuch der Bremer Machthaber nach Berlin.

Bremen, 3. Febr. (Priv.-Tel.) In einer heute stattgefundenen Sitzung der Volksbeauftragten wurde beschlossen, nach Berlin einen Einigungsversuch zu richten. Die Arbeiterpartei ist bereit, die Waffen an das Oldenburger Kommando oder an das 3. Armee-Korps abzugeben, nicht aber an die Division Gerbenberg. Zur Frage der Einlegung einer neuen Regierung erklären sich die Volksbeauftragten dazu bereit, ihre Macht in die Hände einer neuen Regierung zu legen, die aus den drei sozialistischen Parteien zusammengeleitet sein soll unter Ausschluss der bürgerlichen. Diese provisorische Regierung werde bis zur Bestätigung der Wahl zur Bremer Volksvertretung am Ruder bleiben.

Alarmbereitschaft in Hamburg.

Berlin, 3. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat sich der Hamburger A- und S.-Rate mit dem A- und S.-Rate in Bremen solidarisch erklärt und Alarmbereitschaft in Hamburg angeordnet.

Bewaffnung des Proletariats in Hamburg.

Hamburg, 3. Febr. Wie die „Hamburger Volkszeitung“ meldet, ist in Hamburg in Ausführung der am Sonntag beschlossenen Beschlüsse des hiesigen Arbeiter-Rates alles getan, um die Bewaffnung des Proletariats vorzubereiten. Der Hosen und die Umarmungsstücke sind durch zerdrückte Maschinen befeuert worden. Die von Seiten führenden, mehrere Millionen Wert bestehenden Gewehrmunitionsmunition werden von Hamburger Arbeiter- und Soldaten besichtigt und werden in der Stadt bewahrt. Die Munitionsmunition werden in der Stadt bewahrt. Die Munitionsmunition werden in der Stadt bewahrt. Die Munitionsmunition werden in der Stadt bewahrt.

Ein Revolutionskomitee in Bremen.

Bremen, 3. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Gestern fanden zwei Versammlungen der Kommunisten statt. In einer dieser Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen: Die am 2. Februar 1919 im Kasino versammelten bremischen Arbeiter erklären, daß sie in keiner Weise dem Willen der Regierung nach Entlassung des revolutionären Proletariats zustimmen können. Gerade in der Bewaffnung des Proletariats erblicken die Kommunisten den wichtigsten Lebensnerv der Revolution. Die Waffenabgabe würde die vollständige Entmachtung des bremischen Proletariats sein. Zudem die Volksbeauftragten der bremischen Regierung diesem Ablieferungsantrag zustimmen, haben sie gegen die Interessen des revolutionären Proletariats verstoßen. Sie haben das Recht verweigert, weiterhin als Vertreter des revolutionären Proletariats zu gelten. Die Kommunisten beschließen daher die Gründung eines Revolutionskomitees. Dieses hat unabhängig von der Regierung alle Maßnahmen zu treffen, die im Interesse des revolutionären Proletariats liegen.

In der sehr zusammenfassenden Versammlung wurde diese Resolution gegen eine Stimme angenommen. Gestern abend kurz nach 11 Uhr trafen beim Ende der Division Gerbenberg hauptsächlich die Arbeiter der Regierung ein. Daran wurde sofort durch Divisionseinführung der gesamte Einmarsch von Bremen durchgeführt gemacht. Die Truppen blieben in den gestern bezogenen Stellungen vor Eiderstedt gegen Bremen. Am Laufe des nächsten Tages kam es zu verschiedenen Zusammenstößen und Mordanschlägen. Es handelte sich um einen Mordanschlag auf den Arbeiterführer, der von Arbeiter befehligt und verurteilt wurde. Bei Zusammenstößen wurden ein Offizier und ein Wirtsober der Patermünstertruppen, als sie ohne Waffen von dort zum Schutz von Angehörigen kamen, verhaftet. Dann wurden von bewaffneten Soldaten in der Nähe des Kirchhofes ein Leutnant und neun Mann, die in einem Warenhaus übernachtet hatten, gefangen genommen. Nach Mordanschlägen liefen in die Hände der Arbeiter. Mitten den Arbeiter herrschte große Erregung, weil Wasserhähne verdrängt wurden, davon die angelegten Regimentskassentafeln nicht gewahrt haben sollen. Arbeiter nahmen die Arbeiter einen Offizier und zwei Regimentskassentafeln gefangen. Der Offizier hatte sich bei Arbeiter mit einem Wagen verfahren. Er

wollte aus der Stadt eine Schreibmaschine holen. Außerdem kam es gestern beim Verkehr Eisen ebenfalls zu einem Zusammenstoß zwischen einer Feldwache der Regierungstruppen und Bremer Arbeitern. In der Nähe des heutigen Tages riefen die Arbeiter gegen die Feldwache vor. Es entwickelte sich ein heftiges Geheul zwischen beiden Gegnern. Dabei liefen auf Bremer Seite fünf, auf Seiten der Regierungstruppen zwei Mann. Eine weitere Anzahl wurde auf beiden Seiten verwundet.

Die Mordanschläge der Arbeiterzeitung in und um Bremen werden aus eintreffenden Telegrammen und anderen Nachrichten der Arbeiterzeitung zu verlesen. So riefen auf der Arbeiterzeitung, in den Alt- und Haupt-Vertriebsstellen der ganze Betrieb. Zwischenfälle haben bis heute nicht beendet, doch hört man aus Arbeiterkreisen, daß die Kommunikation die Ablieferung der Waffen entschieden ablehnen. Sofort nach Bekanntwerden des Eintreffens der Division Gerbenberg in Bremen strömten aus Bremen und Umgebung zahlreiche Freiwillige nach dort, um sich der Division zur Verfügung zu stellen. Die Straßenbahn hat ihren Betrieb über den Westplatz auf Veranlassung der Machthaber einstellen müssen.

Die „Konzeptionen“ der Bremer.

Bremen, 3. Januar. (Privattelegramm.) Folgende Resolution wurde gestern vom Rat der Volksbeauftragten, dem Volksrat, sowie den Vertretern der Hamburger und Bremerhaverer Truppen einstimmig angenommen:

1. Militär der hiesigen Bremer Regierung und Bildung eines neuen Regiments, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der allgemeinen Bewaffnung zur Wehr der A- und S.-Männer.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhaverer Truppen, die alsobald die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst übernehmen.
3. Die Division Gerbenberg verpflichtet sich, in den hiesigen Stellungen zu bleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhaverer Truppen nicht zu verhindern. Nach dem Einmarsch der Truppen rückt die Division Gerbenberg ab.

Maßnahmen gegen Spartakus.

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Vorwärts“ berichtet: Wie wir hören, bereitet die Regierung einen Ertrag vor, der durch die neu hervortretenden gemäßigteren Unternehmungen sozialistischer Richtung veranlaßt ist. Die Regierung erklärt darin ihre Entschlossenheit, gemäßigtere Erscheinungen gegen die freirechtliche Ordnung der Demokratie niederzuschlagen und betont, daß zu diesem Zweck genug geeignete Truppen zur Verfügung stehen.

Berlin, 3. Februar. In der Presse sind mehrfach Behauptungen bezüglich neuer kommunistischer Pläne geäußert worden. Es ist bekannt, daß zahlreiche Agenten des russischen Bolschewismus in Berlin wohnen. Welche Schritte der Berliner Bevölkerung sind bisher gemacht.

Uns wird von zuverlässiger Stelle mitgeteilt, daß trotz der Detachierungen nach Bremen und Weimar heute zweiwöchige Regierungstruppen in und dicht bei Berlin bereit stehen. Diese Truppen sind an erneute Forderungen gestellt. Sie werden Berlin nach vorbereitendem Marsch Richtung auf die Stadt vorrücken. Sollte erneut die Ruhe und Ordnung gefährdet und bewaffneter Widerstand in Berlin geleistet werden, so werden die Truppen rücksichtslos durchgreifen und Ruhe und Ordnung mit Waffengewalt sichern. Die Regierung wird voraussichtlich, wenn es nötig ist, den Einsatz von Artillerie in Aussicht nehmen. Die Verantwortung für Bürgerkriegsfall fällt dann ebenfalls denen zu, die gegen Gesetz und Recht in verkehrter Weise Forderungen veranlassen und Unruhen hervorzurufen.

Deutsch-österreichischer Gruß an Weimar.

Wien, 3. Februar. Wiener Telegraphen-Bureau. In der morgigen Sitzung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung sind von sämtlichen Parteien ein Antrag eingebracht worden, in dem der Zusammenbruch der deutschen Republik beklagt wird. Weimar begrüßt und dem selben Willen eines enger zusammenhängenden deutsch-österreichischen mit dem Deutschen Reich Ausdruck geben wird.

Beamtenprotest in Wesel.

Wesel, 3. Febr. Als Protest gegen die in Wesel vorgenommene Bewaffnung der Beamten durch Spartakisten hat am Donnerstag die gesamte Beamtenschaft bei der Arbeiterzeitung niedergelegt. Die Spartakisten erklären öffentlich, sollten gegen sie einschneidende Maßnahmen vorgenommen werden, so würden sie gemeinlich mit Hamburg die Gasuhrzeit setzen und den Kohlenbezug verhindern.

Die Königin von Bayern erlöset.

WTB. München, 3. Februar. Die frühere Königin Maria Theresia von Bayern ist heute abend 6 Uhr 45 Min. an Schloss Wilhelmsburg ins Jenseits übergegangen. Die verlorne Königin war am 2. Juli 1849 als einzige Tochter des am 18. Dezember 1849 verstorbenen Erbprinzen Maximilian, Prinzen von Wittelsbach, geboren. Die Verheiratung mit Großfürst Ludwig fand am 20. Februar 1868 in der Wiener Hofburg statt. Interessant ist, daß Maria Theresia von Bayern die erste katholische Königin Bayern war. Die drei Königinnen, die Bayern vorher hatte, waren alle drei Protestantinnen.

Helfferrich über Kriegsschädigungen.

Dr. Helfferrich gewährte einem Redaktionsmitglied der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Unterredung über die Frage der Entschädigung der Kriegsschädigten. Auf die Frage, ob es ihm bekannt sei, daß diejenigen Entente-Staatsmänner, die Deutschland eine in die Hunderte von Milliarden gehende Entschädigung auferlegen wollen, sich für die Möglichkeit Deutschlands, eine solche Entschädigung aufzubringen, mit Vorliebe auf ihn als den Verfasser des bekannten Buches über „Deutschlands Wohlstand“ und als den früheren Reichsjustizminister berufen, antwortete Dr. Helfferrich, daß die Leute, die aus seiner Aufstellung, wonach das Volkseinkommen Deutschlands 40 Milliarden betrage, die Behauptung herleiten, Deutschland könne eine Entschädigung von 100 Milliarden oder gar von einigen hundert Milliarden tragen, irren, daß die 40 Milliarden jährliches Volkseinkommen nicht ein Einkommen, sondern

Rein-Einkommen

waren, von dem der gesamte Unterhalt des deutschen Volkes selbst vorweg bestritten werden mußte. Da jenseit der Kriegsschädigung, die das deutsche Volk übernehmen kann. Das

Rein-Einkommen des deutschen Volkes

hätte aber vor dem Kriege nur in wenigen Jahren einen ungewöhnlichen Durchschnitt von etwa 40 Milliarden erreicht oder gar übersteigert. Der ganze Apparat, erklärte der ehemalige Staatssekretär, mit dem wir arbeiten, ist durch übertriebene Inanspruchnahme bei ungenügender Aufwands- und Erneuerung weniger leistungsfähig; so wäre Gleichwohl, unsere Verwerger, sogar unter landwirtschaftlich abgenutzter Boden. Ich fürchte, daß für ein Jahrzehnt und länger die Minderung unseres Rein-Einkommens erheblich größer sein wird, als unser ganzes Rein-Einkommen vor dem Kriege, d. h.

unser Volk wird keine Lebenshaltung erheblich eingeschränkt werden müssen,

um überhaupt sein Auskommen zu finden. Auf den Einwand des Redakteurs, daß eine nicht unerhebliche Entschädigung aus dem Volkseinkommen entnommen werden könne, erwiderte Helfferrich: Ich war mit auch in meiner Zeit als Reichsjustizminister durchaus darüber klar, daß mit der Dauer des Krieges die Möglichkeit, von unserer Generen eine Kriegsschädigung zu verlangen, abnehme.

Die Kriegskosten

sind von Jahr zu Jahr größer geworden. Sie werden sich für Deutschland, wenn ich den kapitalistischen Betrag der Ausgaben- und Hinterbliebenen-Renten hinzurechnet, wohl

kaum auf weniger als 200 Milliarden Mark belaufen bei einem Volkseinkommen von wenig über 300 Milliarden Mark vor dem Kriege. Darin, daß Deutschland von einem Gläubiger zu einem Schuldner geworden sei, liegt schon eine Minderung des deutschen Volkseinkommens. Es seien

unbezifferbare Milliarden, die das deutsche Volkseinkommen durch den Krieg eingebüßt

hat. Der Journalist fragte Dr. Helfferrich, ob er damit sagen wolle, das deutsche Volk könne überhaupt keine nennenswerte Entschädigung haben, worauf Dr. Helfferrich antwortete: Das ist genau das, was ich sagen will. Das deutsche Volk von heute ist

einfach nicht imstande, eine nennenswerte Entschädigung zu zahlen, und zwar weder in Kapital noch in den Zinsen.“

Scheidemann gegen das Räteystem.

Strikte Ablehnung der Räteherrschaft. Der Volksbeauftragte Philipp Scheidemann hat gestern gegenüber dem Vertreter eines der größten amerikanischen Blätter wie folgt geäußert: Die Nationalversammlung, die am 6. Februar in Weimar zusammentreten wird, ist nach dem freiesten Wahlrecht gewählt, das überhaupt existiert. Dadurch ist sie für jeden Demokratien zum unerschütterlichen Ausdruck der Volksmeinung geworden, die unbedingt respektiert werden muß. Keiner Partei in Deutschland ist es bis jetzt gelungen, diesen Ausdruck des Volkswillens zu bändigen, außer den Reichstagen, die den Versuch machten, auf dem Wege über die A- und S.-Männer die Nationalversammlung von vornherein zu kassieren. Ihre Leute waren es, die am Freitag in Berlin die A- und S.-Männer Groß-Berlins gegen die Nationalversammlung schickten, welche die Räteherrschaft angedeutet die einzige Grundursache der Revolution ist. Dem müssen wir

auf des Schiffe wieder sprechen.

Das Nächstste ist die schwebende Lebensfrage einer Einigung, die sie für Ausland dieselbst passen möchte, das keine organisierte Arbeiterkraft besitzt und wo innere Verhältnisse zur Beibehaltung oder Neuschaffung einer militärischen Macht führen. Soldatenräte, wie sie am 3. November infolge des Zusammenbruchs des militärischen Heeres entstanden, dieselbst sogar notwendig waren und in der ersten Zeit der Revolution auch mangelhaft anerkannt worden, sind heute in Deutschland nahezu ganz erloschen.

Unsere Armeeliste bis auf geringe Bruchteile demobilisiert, die Soldaten sind wieder zu Tägern geworden und können als Staatsbürger wie alle anderen ihre politischen Rechte und Pflichten wahrnehmen. Wenn die Nationalversammlung sich über den Charakter des neu zu schaffenden Volkstheaters schlüssig gemacht hat, werden in diesem Volkstheater Einrichtungen vorzunehmen sein, die den Soldaten alle Rechte und Würdigkeiten geben, auf die sie als Bürger des deutschen Reichstaats Anspruch erheben können. Jeder der zahllosen Räte, gleichviel, ob es sich um einen U. oder um einen S.-Rat handelt, bedürft reichliche Tagesgelter. Allen

der Rätekongress im Dezember hat über eine vierzig Millionen Mark festgesetzt, und das in einer Zeit, wo Deutschland aufgeben und fern zu gehen muß, das es angestrebt. Wir wollen den Mitgliedern der U. und S.-Räte, die aus ehrlicher Überzeugung und nach besten Kräften bemüht gewesen sind, den Interessen der revolutionären Arbeiterkraft zu dienen, nicht in nahe treten, aber gerade sie werden zugeben müssen, daß sehr viele fragwürdige Gestalten in den U. und S.-Räten aufgetaucht sind, von denen kein Mensch gewußt hat, von wem sie gekommen sind und wo sie ihre Talente, großen Unfug zu verüben, erworben haben. Es muß ganz offen ausgesprochen werden, daß

vielerorts U. und S.-Räte eine geradezu gemeingefährliche Unklarheit erstattet haben.

Darüber können alle Reichstäter, nicht zuletzt das Reichsorgan, sich nicht mit Behagen äußern. In einer revolutionären Übergangszeit können die U. und S.-Räte mangelhaftes Richtiges werten. Nach dieser Überzeugung, die für uns mit dem Zusammenbruch der Nationalversammlung als beendet angesehen werden kann, werden die U. und S.-Räte zu Verwirrungen und Irrsinnigkeiten führen werden, die über den wirklichen Kern der Sache hinwegföhren und die den Arbeiterbewegungen in Deutschland schaden werden.

Wir werden den alten Militarismus der großen Heere ebenso ablehnen wie den neuen der Soldatenräte als politische Instanz. Der Volkstheismus hat uns gelehrt, daß in dem unzulässigen Betonen des Soldatenelementes die Gefahr eines neuen Imperialismus steckt, der zu den feige-lichen Verwählungen führen muß, mit denen die Sowjetrepublik jetzt unseren Osten bedroht.

Das Endergebnis der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

- Nach den endgültigen Feststellungen der Wahlkommissionen haben sich erhalten:
Die Deutsche Demokratische Partei einschließlich der Bayerischen Arbeiterpartei und der Nationalliberalen Partei in Bayern und der Arbeitervereine in Westfalen und des Württembergischen Bauern- und Kleinrentnerbundes; 42;
Die Deutsche Bauernpartei; 21;
Die Christliche Volkspartei einschließlich der Bayerischen Volkspartei und der Katholischen Volkspartei Osnabrück; 68;
Die Deutsche demokratische Partei einschließlich der Deutschen Arbeiterpartei in Bayern; 75;
Die Sozialdemokratische Partei; 163;
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei; 22;
Die Bayerische Bauernpartei; 1;
Die Schlesische Volksvereinspartei und Landarbeiter-Demokratie; 1;
Der Braunschweigische Landesbauernverband; 1;
Die Deutsch-Sachsenpartei; 4;
insgesamt 421 Sitze.

Die Deutsche demokratische Partei Bayern gegen den Landesoldatenrat.

München, 3. Februar. Nach einem Referat des Ministers des Innern über die laut „München-Magazin“ Absetzung der Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Bayerns die Entscheidung angenommen, in der gegen den Imperialismus, wie er jetzt auf Seiten unserer Feinde bei den Friedensverhandlungen zur Geltung zu kommen laßt, protestiert wird. Vom Auslande wird verlangt, daß die unermessliche Forderung nach Deutschland endlich aufhört; daß die harten Vertragsbedingungen nicht fortwährend gesteigert und schnellstens in Friedensverhandlungen

Um Ehre und Recht.

Roman von Fr. Schneider.
Auf Schloß und Gutshof Hambach schloß in dieser Nacht fast niemand. Alles lag trübsal in friedlichem Schlaf, als um 11 Uhr der Amtsvorsteher zu Wagen mit einem bedienten Gendarmen erschien und an die Tür des Inspektorshauses riefte.
Und dann kam alles heraus! Der Amtsvorsteher war gekommen, um Stanislaus zu verhaften.
„Das ist nicht möglich“, sagte Grube erkönt. „Die Geschichte mit dem letzten Wechsel ist appliziert.“
„Es handelt sich nicht um einen falschen Wechsel“, entgegnete der Amtsvorsteher, „sondern um die gestohlenen Briefe.“
„Sind die Briefe des Untersuchungsrichters hat man in Berlin eine Fälschung vorgenommen, da hat man dann die gestohlenen Briefe gefunden, und das ist die Sache, die Herr Stanislaus von Protowsky heraufgeschickt.“
Der Inspektor schloß die Hände über dem Kopf zusammen. „Da ist alles klar, mein Herr, ein Brief in der Hand ist fallend.“
„Ich — dieses Mädchen — aus diese Schmach anzutun... da, Herr, lies den Brief.“
„Schämen Tina hatte, wie sie das in Armenen gesehen einen sehr gefährlichen Brief an die Eltern zurückgelassen.“
„Gestern haben die Amtsvorsteher den Gendarmen nach dem Böhmen. Ich dort die Verhaftung Protowsky annehmen, während er selbst sich in das Schloß begab,

lungen eingetreten wird. Zum Schluß wird die Reichsregierung angefordert, entscheiden dahin zu werten, daß mit ein Väterland kommen, in dem das protestierte Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein gilt.

Der Landesvorstand der Deutschen demokratischen Partei hatte am Sonntag die ersten Vollversammlungen abgehalten. Neben einer Erklärung gegen die Bergemaligung Deutschlands wurde auch gegen die Einseitigkeit der Franzosen auf die internationalen Gebiete, namentlich Belgien, Italien und die Westküste, in einer Resolution Stellung genommen. Die Partei verurteilt, daß die Einseitigkeit des Selbstbestimmungsrechts über kein Schicksal gesprochen wird, und fordert die Entscheidung dieser Frage auf der Freieinverständigen. Ferner protestiert die Partei auf schärfste gegen den Versuch der Franzosen, deutsche Länder, wie die Westküste und das Saargebiet, in irgendwelcher Form dem deutschen Reich abzugeben. Eine weitere Entscheidung tendiert die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die dem deutschen Nationalrat drohende russisch-polnische Gefahr hin und wendet sich gegen die Schwäche und Unentschlossenheit, mit der die provisorische Reichsregierung dem polnischen und russischen Vorgehen gegen unsere Westgrenze gegenüberstand hat. Am Schluß der Versammlung heißt es: „Wir müssen es der bürgerlichen Regierung zum schweren Verwurf machen, daß sie sich dem Aufruf der Reichsregierung zur Bildung eines Freiwirtschafts nicht angeschlossen hat. Wir wollen mit Entschiedenheit die Aufrichtigkeit des Volkstheismus und des Nationalsozialismus zurück, der in parteilicher Verblendung unter dem Vorwand der Nationalität, die wir rufen dazu auf, daß sich auch in Bayern Freiwirtschafts-Parteien zum Aufbau bilden, als Symbol der deutschen Einigkeit vor dem In- und Ausland.“

Die A. und S.-Räte Off- und Westpreussens.

Münster, 3. Februar. Die „Münsterer Zeitung“ meldet: Die preussischen Minister Hirth und Ernst und der Reichstagsminister für Oberpostämter, mit den 30. März, sind am Sonntag hier an einer stündlichen Besprechung unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten teilgenommen, an welcher auch der Kommandant des General der Kommandeur der 37. Division, Oberbürgermeister Jülich, verschiedene Mitglieder des Reichstags, der Volksgruppenführer in Münster der U. und S.-Räte und verschiedene örtliche U. und S.-Räte teilnahmen. Nach eingehender Aussprache wurden in einer einstimmig angenommenen Erklärung die A. und S.-Räte in Münster nach Maßgabe der von der Reichsregierung erlassenen Bestimmungen erneuert. Am Abend hielten die beiden Reichstagsminister eine Besprechung in der Wohnung des Kommandanten der 37. Division, an welcher eine Delegation der dortigen Reichstäter teilnahm. Eine Besprechung von Vertretern der Soldatenräte aller mobilen Divisionen des Grenzgebietes und des Grenzgebietes in Ost- und Westpreußen in Münster am 31. Januar hat einstimmig erklärt, daß sie geschlossen unter der jetzigen Regierung stehen, den Erfolg vom 19. Januar und alle Befehle der Regierung ungeschwächt anerkennen und wenn nötig, bei ihr, die Befehle der Regierung mit Waffengewalt durchzuführen.

Gegen die Loosungsbestrebungen im Rheinland.

Berlin, 3. Febr. Wie die „Nationalliberalen Korrespondenz“ meldet, ist von Seiten der Deutschen Volkspartei nachfolgendes Protesttelegramm an die Reichsregierung gerichtet worden:

„Nach Mitteilungen, die uns aus Westdeutschland zugehen, ist dort anscheinend schon vor Einkerkerung der deutschen Nationalversammlung die Auslösung einer wehrfähigen Reserve in Aussicht genommen. Wir sind überzeugt, daß diejenigen, welche die Durchführung der Loosung in Rheinland und Westfalen, anscheinend unter Einbeziehung weiterer Gebietsteile von Preußen erörtern, in keiner Weise berechtigt sind, im Namen der Mehrheit der dortigen Bevölkerung zu sprechen, und wir erheben weiterhin entschiedensten Einspruch dagegen, daß die versammelte Körperschaft des Reiches und der Einwohner, welche allein berechtigt sind, über die künftige Gliederung des Reiches zu entscheiden, durch Verleumdungsversuche einzelner Gruppen in preussischen Landestellen vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen. Wir richten an sie die Bitte, auch leitens der Volkspartei, mit aller Entschiedenheit dagegen Stellung zu nehmen, daß irgendwem der Standpunkt geändert wird, daß lediglich den versammelte Körperschaften die Entscheidung über diese Frage zusteht.“

Veraturer der Sozialfürsorge-Kommission.

Berlin, 3. Februar. Der Kriegsminister Reinhardt und der Unterstaatssekretär Götze geben bekannt: Dem Kriegsministerium sind im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlass der Reichsregierungen, des Reichsministers und des Kriegsministers vom 19. 1. 1919 betreffend vorläufige Regelung der Kommandeure und Stellung der Soldaten in der Reichswehr, von allen Seiten eingehende Verhältnisse zugegangen. Es hat zu ihnen hohes Interesse genommen. Die verorteten Aufstände im deutschen Heere vor

noch bereits alles nach geworden war, um der Baronin Bericht zu erstatten.
Nach kann einer Stunde kam der Gendarm mit Stanislaus zurück, den jetzt endlich seine Kasse verlassen hatte. Er war leidend und schlieferte in den Knien.
„Wenn ich bitten darf, Herr Amtsvorsteher“, flüsterte er mit gebrochener Stimme, „sollen Sie mich sogleich zur Stadt bringen, ich will niemand mehr sehen.“
„Auf Ihre Mutter hin?“
„Nein — o nein — Sie am allermeisten!“

„Was denn heißen Sie in meinen Wagen, der Gendarm kann mich nicht sehen. Ihr Zimmer habe ich verneigt, morgen werden wir weiter gehen.“
Als der Wagen aus dem Tor hinausfuhr, hüte Tina ihm entgegen, mit fliegendem Haar und zerfallenen Kleidern.
„Verrotten — Verrotten!“ schrie sie und erhob brachend die Hände. „Ert heute ich das große Rädel meines Lebens — elender Verrotten.“

„Sie hören den drohenden Wagen verfolgen zu wollen als sie vom Inspektor fest am Arme gepackt wurde.“
„Du kommst jetzt mit nach Hause, dumme Trine“, rief er.
„Da sprechen wir noch ein Wortchen miteinander.“
Tina wollte sich dem Vater zu Füßen werfen, aber dieser rief sich noch erpor.

„Spiele keine Komödie! Das hat jetzt ein Ende!“ Und er trat sie nicht gerade sanft seinen Hauke zu — was darin weiter geschick, sah Tina nicht mehr. Hoffentlich aber wollten ein Hausbesitzer Geschäft wo von einem paar tüchtigen Dirschen reißt haben.“
In dem Zimmer der Baronin verbrachte die durch einen roten Schirm verhöllte Lampe nur ein gedämpftes Licht. Die Baronin ging ruhelos auf und nieder, die Arme über die Brust gekreuzt, die Augenbrauen finster zusammengezogen, das Gesicht von einer tiefen Blässe überzogen. Nichts hörte man in dem halbblinden Gemach als das

langen gebieterisch eine unerschütterliche Regierung der Kommande, gemäß. Die Regierung hat sich hierbei von dem Beantworte lassen, daß die Verhältnisse geordnet werden, die von allen Seiten anerkannt werden konnten. Das hatte sich so gezeigt, daß von beiden Seiten Anträge und Rufe geäußert werden mußten. Nur wenn dies gescheit und sich beide Teile auf dem Boden der Regierungserklärung stellen, kann auf Wiederkehr eines geordneten Zustandes geadmet werden. Die Opfer, die jetzt gebracht werden, sind nicht einer Partei oder einer Parteiregierung gebracht, sondern dem Wohle des Volkes und des Vaterlandes. Das deutsche Volk wird es den Offizieren und Unteroffizieren, ebenso wie den Soldaten, einst danken, daß sie in schwerer Zeit zu ihm gelangt sind haben. Selbstverständlich muß es der Nationalversammlung überlassen bleiben, die endgültigen Bestimmungen für das spätere Friedensgesetz. Volksther angucken.

Reinhardt über die Regelung der Kommandogewalt.

Berlin, 3. Februar. Die Sozialfürsorge-Kommission beriet am 30. Januar, unter Hinzuziehung des Reichslehrers Professor R. a b r u g, über den Verfassungsentwurf unter dem Gesichtspunkt, die Sozialfürsorge in allen ihren Formen verfassungsmäßig zu ermöglichen und zu sichern. Nach ihrem Vorhaben sollen der Kompetenz des Reiches unterliegen: Vorgehensweise von Naturhäusern, Wirtschaftsbetrieben und Grundbesitz, Bildung von Jugendverbänden, der Unterrichtsunterricht eines Militärschulungswegs, mit dem Zweck der einflussreichen Regelung der Arbeiterzeugung und der Freie, Regelung des Einflusses der Arbeiter und Verbraucher eines Gemeindegeldes in Wirtschaftsbetrieben. Die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Verfassung würde die Sozialfürsorge im eigentlichen Sinne, d. h. die Überführung in Gemeindegeldern der Kompetenz des Reiches vorbehalten und würde außerdem dem Reich die Erlaubnis geben, die Stelle und Aufgabe der Arbeiterärzte gesetzlich zu regeln. Sollte die Verfassung im Sinne dieses Vortrages ergründet werden, so würde damit Reichsrecht über die Fragen der Beschäftigung besonders behandelt. Überflüssige werden.

Winteroldts Nachfolger.

WTB. Berlin, 3. Februar. Als Nachfolger des Generalmajors von Winterfeldt als Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaai ist der General Freiherr von Hammerstein, derzeitige Abteilungsleiter in Weisel, berufen worden.

Ergebnis der Volkskammerwahlen in Sachsen.

Dresden, 3. Februar. Nach vorläufiger unverifizierter Berechnung sind in der sächsische Volkskammer gewählt: 40 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, 14 Sozialdemokraten, 14 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, 14 Nationaldemokraten und 1 Mitglied der Christlichen Volkspartei.

Wahlsergebnisse in Neuh.

Neuh, 3. Februar. Bei den Wahlen zum Landtag für Neuh 2. sind gewählt: 2 Nationaldemokraten, 4 Demokraten, 2 Sozialdemokraten und 7 Unabhängigen. Die Listen der bürgerlichen Parteien waren verbunden.
Gera, 3. Februar. Der Landtag von Neuh 2. wird sich nach dem Ergebnis der sächsischen Wahlen zusammensetzen aus: 5 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationaldemokratischen Volkspartei, 3 Sozialdemokraten, 14 unabhängige Sozialisten der bürgerlichen Parteien und der beiden sozialdemokratischen Parteien waren verbunden.

Der Grenzschutz reorganisiert.

Horn, 3. Februar. Bei den Besprechungen der Militärkommission mit dem Reichsministerpräsidenten Dr. Schilling aus Marienthal werden die Pläne der künftigen und der Reichsminister von Horn, sowie Militärminister des Reiches U. und S.-Rates wurde dem U. und S.-Rat Anerkennung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gesollt und bekräftigt, den U. und S.-Rat in seiner jetzigen Stellung zu belassen. Ueber die polnische Gefahr gingen die Meinungen auseinander. Man war jedoch einstimmig der Ansicht, daß der Grenzschutz zu dem sich jetzt unzureichende Elemente drängen, einer gründlichen Reform bedarf.

Die Thürchen an der sächsischen Grenze.

Neuh, 3. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Thürchen-Stationen nahmen heute im Grenzort Gera eine aus acht Mann bestehende sächsische Polizeitruppe auf und entwarfen sie

Deutsches Reich.

Verbot Kölner Blätter. Köln, 2. Februar. Die englische Militärbehörde hat die „Kölnische Zeitung“ auf zehn Tage und das „Kölner Tageblatt“ auf acht Tage verboten.

sonere Tiden der großen Standuhr und zumellen das wehe Aufschlagen einer wüthigen Geißel, welche auf dem Sofa zusammengesunken war.
„Reinen konnte die unglückliche Tute von Protowsky nicht mehr; mit brennenden, trübsaligen Augen starrte sie vor sich hin, ab und zu gefäßtelt von einem krampfhaften Schluchzen.“

Die Baronin blieb vor ihr stehen.
„Meine nicht mehr, Tulle“, sagte sie mit ernster, aber weicher Stimme. „Dein Sohn ist der Tränen einer Mutter nicht wert.“

„Ah, Weidweld — sprich nicht so. Der Unglückliche trägt vielleicht die geringste Schuld.“

„Aber nicht du keine Schuld aufzubinden?“
„Mir, Weidweld, ein weiser Mutter, die ihn in dem Gedanken an Reue, um in seiner letzten Stunde, die ihn niemals ernstlich arbeiten gelehrt hat, die ihn leßt auf die Fahne des Selbstmords und des Vatersdorns geführt hat... ich bin die Schuldige, nicht er ist schuldig.“
Die Baronin war tiefbewegt durch den furchtbaren Schmerz der armen Mutter. Aber ihre Worte tiefen auch in der Baronin ein eigenartiges Gefühl hervor, das fast einem Schuldbewußtsein gleich.

„Wenn du dich anläßt“, sagte sie mit leiserer Stimme. „Du mußt du auch mich anfragen. Denn auch ich habe ihn nicht zu erster Arbeit angehabt, auch ich habe ihn verloren, habe ihm vertraut, habe ihn nur als angenehmen Feind meines müßigen Stunden angelesen und ihm alle Freizeiten ebenfalls überlassen, er arbeitet und lernen sollte.“
„Ich bin vor diesem entsetzlichen Abend als man ihn der Fällung anlangte; da habe ich ihn geschügt und gerettet, jetzt kann ich ihn nicht mehr schügen.“
(Kürzung folgt.)

